

**Arbeitskreis der Nachbarschafts-
und Begegnungshäuser**

Sprecher*innen:
Antoinette Fuchs (Haus der Begegnung
Waldstadt)
Christian Kube (Stadtteilkoordination
Bornstedt)

Position des Arbeitskreises Nachbarschafts- und Begegnungshäuser zu den potentiellen Einsparungen im Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam ab 2025

Nachbarschafts- und Begegnungshäuser sind keine bloßen Kostenstellen. Wir sind die Räume, in denen Demokratie, Solidarität und Zusammenhalt gelebt werden. Wenn die Landeshauptstadt diese Strukturen aufs Spiel setzt, riskiert sie nicht nur den sozialen Frieden, sondern auch ihre eigene Zukunft als lebenswerte und solidarische Gemeinschaft.

Der Arbeitskreis Nachbarschafts- und Begegnungshäuser solidarisiert sich ausdrücklich mit den Bereichen Jugendhilfe und Kultur und allen weiteren Betroffenen dieser Sparmaßnahmen.

Die angekündigten Sparmaßnahmen der Landeshauptstadt sind existenzbedrohlich für das Fortbestehen und Funktionsfähigkeit der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser. Aktuell haben viele der Einrichtungen bereits mit Kostensteigerungen in nahezu allen Bereichen zu kämpfen. Viele der Häuser können seit Jahren nur mit Müh und Not das laufende Betriebsjahr verbindlich kalkulieren. Diese Einrichtungen sind keine verzichtbaren Posten im städtischen Haushalt – sie sind essenziell für den sozialen Zusammenhalt, die Förderung des Ehrenamts und die Unterstützung benachteiligter Gruppen. So haben bei den letzten Krisen (Flüchtlingsbewegungen, Corona) die Nachbarschaftshäuser einen nicht unwesentlichen, strukturellen Beitrag zur Organisation von Hilfs- und Unterstützungsnetzwerken geleistet. Ohne eine ausreichende Grundfinanzierung droht eine Welle von Schließungen, deren Konsequenzen weit über das Jahr 2025 hinaus spürbar sein werden. Eine Zusammenlegung der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser mit Einrichtungen der Jugendhilfe oder anderen Stadtteilbezogenen Funktionen wird kritisch gesehen. Zum Einem fehlt es in Potsdam vor allem an Räumlichkeiten, diese zusätzlichen Funktionen mit aufzunehmen, zum anderen können die Mitarbeiter*innen nicht die fachliche Arbeit der Sozialarbeitenden im Jugendhilfebereich kompensieren. Unter derzeitigen personellen und

logistischen Gesichtspunkten ist eine solche Zusammenlegung nicht vorstellbar.

Die Folgen der Einsparungen:

1. **Kürzungen der Angebote.** Bereits jetzt kämpfen wir mit steigenden Betriebskosten, Personalengpässen und einer zunehmenden Nachfrage nach unseren Angeboten. Eine drastische Kürzung zwingt uns, Angebote einzustellen und perspektivisch Personal zu entlassen. Dringend gebrauchte neue Nachbarschafts- und Begegnungshäuser wie in Golm oder Krampnitz werden auf lange Sicht nicht realisiert.
2. **Verlust von sozialen Netzwerken und Präventionsarbeit**
Unsere Häuser sind Ankerpunkte für Nachbarschaftshilfe, Jugend- und Seniorenarbeit sowie integrative Projekte. Kürzungen an diesen Strukturen würden gerade die Schwächsten treffen: Alleinerziehende, Geflüchtete, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen oder solche, die von Einsamkeit bedroht sind. Die gesellschaftlichen Folgekosten, die durch den Wegfall unserer präventiven Arbeit entstehen, werden die jetzigen Einsparungen um ein Vielfaches übersteigen.
3. **Demotivierung der Ehrenamtlichen**
Viele unserer Projekte basieren auf ehrenamtlicher Arbeit. Die derzeitige Unsicherheit und die mangelnde Wertschätzung der Stadtverwaltung demotivieren unsere freiwilligen Helfer*innen und gefährden deren Engagement. Einmal verlorene Ehrenamtsstrukturen sind schwer bis unmöglich wiederaufzubauen.